



die *Drei*

Zeitschrift für Anthroposophie in Wissenschaft, Kunst und sozialem Leben

Lieber Leser,

wir haben diesen Artikel für Sie kostenlos zum Download verfügbar gemacht. Das aber heißt nicht, dass er uns nichts gekostet hat. Die Kosten, die bei der Erstellung dieses Artikel anfallen, sind bereits bezahlt. Wir wissen aber noch nicht, wie wir in Zukunft diese Kosten bezahlen können. Wenn Sie häufiger bei uns zu Gast sind, wären wir Ihnen dankbar, wenn Sie bei der Finanzierung unserer Arbeit mithelfen.

Dankbar sind wir für jede kleine Spende!

Die wichtigsten Unterstützer unsere Arbeit sind unsere Abonnenten. Haben Sie schon einmal darüber nachgedacht, uns durch Ihr Abonnement dauerhaft zu unterstützen? DIE DREI gibt es sowohl [digital](#) als auch in der [klassischen Druckversion](#) im Jahresabonnement. Wer noch nicht ganz sicher ist, kann auch zunächst unser günstiges [Einstiegsabonnement](#) wählen.

Durch Ihr Abonnement oder Ihre Spende tragen Sie dazu bei, dass Sie auch in Zukunft auf unserer Webseite nach interessanten Artikeln suchen können. Dafür möchten wir Ihnen danken!

Wir wünsche Ihnen beim Lesen viele wichtige Gedankenimpulse!

Die Redaktion

Zeitgeschehen

Gerd Weidenhausen

Syrien im Fadenkreuz der Mächte

Seit nunmehr sechs Jahren tobt in Syrien ein Bürgerkrieg, der sich längst zu einem Stellvertreterkrieg diverser regionaler Staaten sowie der Großmächte USA und Russland ausgewachsen hat. Folgt man den Zahlen des ›Syrian Center for Policy Research‹, so sind bei einer Bevölkerung von 23 Millionen Menschen inzwischen 470.000 Todesopfer und nahezu zwei Millionen Verletzte zu beklagen, »über vier Millionen SyrerInnen haben das Land verlassen, weitere 6,4 Millionen sind innerhalb Syriens auf der Flucht«.¹ Selbst ohne Berücksichtigung der vernichteten Sachwerte werden die Verluste der syrischen Wirtschaft seit 2011 auf 254 Milliarden US-Dollar geschätzt, und der Wiederaufbau der zertrümmerten Infrastruktur würde nach Experten-Schätzungen 150-180 Milliarden US-Dollar kosten. Doch neben der erschütternden Bilanz zerstörter Menschenleben und der materiellen Schäden – die sowohl das syrische Regime und als auch die dschihadistischen Oppositions- bzw. Söldnergruppen zu verantworten haben – fällt die systematische Auslöschung des kulturellen Gedächtnisses Syriens durch den sogenannten Islamischen Staat (IS) und andere mit ihm verbundene dschihadistische Gruppen ins Gewicht. Diese gezielte Zerstörung von Kulturdenkmälern ging mit der Errichtung einer Art von Kalifat in den eroberten Gebieten Syriens einher, in dem der Terror zum »Regierungsprin-

zip« erhoben wurde. Denn die inhumane und fanatische IS-Ideologie rechtfertigt die Sklaverei von Kindern und Frauen sowie die Vertreibung und den Mord an Andersgläubigen, seien es Schiiten, Alawiten, Jesiden, Christen oder auch moderate Sunniten. Eine Unterstützung dieser Sorte von »Glaubenskämpfern«, aus welchen Gründen und mit welchen Mitteln auch immer, sollte sich eigentlich verbieten – ganz gleich, wie man das syrische Regime im Einzelnen auch bewerten und einschätzen mag.

Syrien ist nunmehr ein weitgehend verwüstetes und zerrissenes Land mit einer ungewissen Zukunft. Letztlich ist es zur Verhandlungsmasse und zum Objekt auswärtiger Mächte geworden, die ihre je eigenen Interessen genauso auf dem Rücken der Bevölkerung austragen, wie das syrische Regime es tut. Angesichts dessen muten einseitig adressierte moralische Anklagen recht verlogen und heuchlerisch an.

Gescheiterte Staaten

In Syrien besteht aktuell (März 2017) eine Patt-situation. Die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates konnten sich bisher auf kein gemeinsames Vorgehen einigen, um dem Krieg eine Ende zu bereiten. Russland, seit September 2015 auf der Seite des syrischen Regimes direkt involviert, hat zwar in Sonderverhand-

die Drei 4/2017

lungen mit der Türkei und dem Iran (unter Nicht-Teilnahme der USA und der Golfstaaten) eine Waffenruhe zwischen den vor Ort agierenden Kontrahenten vereinbart, die von den »Rebellen« und der syrischen Armee bisher *in toto* eingehalten wurde. Eine tragfähige und langfristige Lösung des Konflikts unter Einbeziehung aller Beteiligten ist aber nicht in Sicht. Um diese wird zwar in Genf mit den in der UNO-Resolution 2254 festgelegten Zielen seit über einem Jahr gerungen, doch bisher ohne Ergebnis. Anvisiert wird dabei eine neue Regierung, bei der erstens – mittels der Inklusion – keiner Konfession ein Vorzug gewährt werden darf, was zweitens durch die Ausarbeitung einer neuen Verfassung und drittens durch freie und faire Wahlen garantiert werden soll. Schon bei diesen drei Zielen als Bedingung einer politischen Lösung ist ersichtlich, was die inhomogene »syrische Opposition« und die »Weltgemeinschaft« am syrischen Regime Baschar-al-Assads als defizitär und konfliktauslösend diagnostizieren: den Mangel bzw. das Fehlen einer gerechten Einbindung aller gesellschaftlichen, ethnischen und religiösen Gruppen in den politischen Gestaltungsprozess.

Volker Perthes, Leiter der »Stiftung Wissenschaft und Politik«, einer der maßgeblichen Beratungsinstitutionen der Bundesregierung in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik, bringt das Manko der politischen Führungseliten vieler arabischer Staaten wie folgt zum Ausdruck: »Die Fragilität von Staaten, die wir ja nicht nur in Syrien oder im Irak, sondern auch in Jemen oder in Libyen erleben, hat wenig mit der Schwäche von Sicherheitsapparaten oder fehlenden Ressourcen zu tun, sehr viel jedoch mit einem Mangel an Inklusion. Wo immer wir in der arabischen Welt [...] Staaten scheitern sehen, wo immer Jihadisten vom Schlage des IS in der Lage sind, Raum zu kontrollieren, liegt zumindest eine Ursache in der politischen oder wirtschaftlichen Marginalisierung von Teilen des Landes und Teilen der Bevölkerung, oft entlang tribaler, ethnischer, sozialer, konfessioneller oder regionaler Eliten.«² Auf diese internen Gründe des Scheiterns einer funktionierenden Staatenbildung wurde im Falle Sy-

riens schon in DIE DREI 9/2012 eingegangen.³ Ausführlich wird diese Thematik auch in mehreren Veröffentlichungen behandelt, auf die im Folgenden Bezug genommen wird.⁴

Die Selbstverschuldungsthese

Die monokausal argumentierende Schuldzuweisung in Richtung selbstherrlicher Führungseliten, die den Staat als ihr Eigentum betrachten und – wie im Falle Syriens – zwecks purem Machterhalt dessen Fragmentierung auf Kosten der eigenen Bevölkerung in Kauf nehmen, ist zwar ein Teil der Wahrheit, aber doch nur eine Halb-Wahrheit, die sich folgenden Narrativs bedient: »Dass man in beiden Ländern [dem Irak und Syrien] spätestens 2014 von gescheiterten Staaten sprechen musste, hat im irakischen Fall zwar viel mit dem amerikanischen Einmarsch von 2003, nicht zuletzt mit der Auflösung der damaligen irakischen Armee durch den amerikanischen »Chef-Verwalter« im Irak, Paul Bremer, zu tun. In beiden Fällen gilt aber, dass die höchsten politischen Entscheidungsträger – Baschar al-Assad in Syrien, Premierminister Nuri-al-Maliki im Irak – selbst die Verantwortung für die eskalierende Gewalt trugen.«⁵ Es drängt sich allerdings die Frage auf, ob die in Syrien seit 2011 eskalierende Gewalt wirklich Baschar al-Assad alleine zu verantworten hat und ob sich diese auch hierzulande von den Leitmedien vorgetragene Einschätzung – die von den Staaten des »sunnitischen Blocks« und den USA geteilt wird – nicht der Ausblendung einer Reihe von Fakten verdankt.

Zu hinterfragen sind auch die Behauptungen, dass die USA und die EU – anders als in Afghanistan 2001 und im Irak 2003 – heute in der Region eine »eher [...] defensive Geopolitik« betreiben, bei der es auf »auf jeden Fall« nicht darum gehe, »Regimewechsel zu forcieren oder Staaten in der Region neu zu ordnen«.⁶ Auch hier liegt eine Halb-Wahrheit vor: So sehr sich die EU – ähnlich wie China – im Syrienkonflikt zurückhält, so engagiert waren die USA seit der Regierungszeit von Bush sr. bis in die Ära Obamas hinein, in Syrien einen »Regime-Change« vorzunehmen, und zwar nicht nur mit einer

offenen militärischen Intervention, sondern mit den Mitteln der »verdeckten Kriegsführung«.⁷ Wenn zudem Volker Perthes, sozusagen als Repräsentant einer gängigen westlichen Lesart, den Staaten Irak und Syrien immerhin attestiert, moderne arabische Staaten (gewesen) zu sein, die »sich gerne ihrer religiösen Vielfalt, und, in Syrien zumindest und durchaus mit einigem Recht, der Toleranz zwischen den verschiedenen Religionsgemeinschaften rühmten«⁸, so wäre mit diesem Eingeständnis zum einen das Argument mangelnder Inklusion relativiert, und zum anderen erscheint fraglich, ob die soziale Marginalisierung der sunnitischen Landbevölkerung Syriens durch eine meist urbane alawitische Oberschicht und Polit-Elite als Erklärung für das Abgleiten Syriens in Chaos und Krieg ausreicht – zumal Syrien ein intaktes und für arabische Verhältnisse anspruchsvolles Bildungs- und Gesundheitssystem, einschließlich eines vergleichsweise hohen allgemeinen Lebensstandards, vorwies. Im Folgenden soll deshalb auf eine Reihe externer Faktoren eingegangen werden, die zum Zerfall des zuvor recht stabilen multiethnischen, multireligiösen und im Kern säkularen syrischen Staates führten.

Der Pipeline-Poker

Ein meist nur am Rande erwähnter Aspekt in der Syrien-Frage sind die umfangreichen Öl- und vornehmlich Gasvorkommen an der Küste der Levante, die vom ›US-Geological Survey‹ auf 1,7 Milliarden Fass Öl und auf 122 Trillionen Kubikmeter Gas geschätzt werden.⁹ Diese sich von der Küste des Gazastreifens entlang der Grenze Israels und Libanons bis vor die Küste Syriens erstreckenden Öl- und Gasfelder wecken bei den Anrainerstaaten und darüber hinaus Begehrlichkeiten, insbesondere aber bei der Türkei, die sich im Rahmen ihrer neo-osmanischen Träume durch die Einverleibung von Teilen Syriens nicht nur der Kurdenfrage zu entledigen hofft, sondern sich damit auch einen Zugriff auf einen Teil dieser Ressourcen verschaffen könnte. Damit wäre für die über keine eigenen Ressourcen verfügende Türkei zum einen ihr wachsender Energiebedarf par-

tiell abgedeckt, zum anderen erfähre sie eine weitere Aufwertung als Transitland für Gas und Öl. Die beiden Länder Irak und Syrien liegen wie ein Sperrriegel vor der Pipeline-Drehscheibe Türkei. Das erklärt – vielleicht mehr als der vielzitierte religiös-politische Konflikt zwischen dem ›sunnitischen Block‹ (Türkei, Jordanien, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate, Katar usw.) und dem ›schiitischen Halbmond‹ (Iran, Syrien, Irak, Teile des Libanon) – die äußere Einmischung der genannten Staaten in das »Pulverfass« Syrien, das sonst keines wäre. Syriens eigene geostrategische Lage als Transitland von Gas- und Ölpipelines, sein Zugang zum Mittelmeer und die erwähnten neu entdeckten Gasfelder vor seiner Küste machen das Land zum Objekt diverser Begehrlichkeiten. Nicht von ungefähr sind im Syrien-Krieg fünf Staaten verwickelt, deren Erdgasvorkommen zu den weltweit größten zählen: der Iran mit ca. 18%, Russland mit 17,3%, Katar mit 13%, die USA mit 5,6% und Saudi-Arabien mit 4,5%.

Zwei Jahre vor Ausbruch des Krieges in Syrien, im Jahre 2009, verhandelte Katars Herrscher Scheich Hamad bin Khalifa al-Thani mit dem damaligen türkischen Ministerpräsidenten und späteren Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan über den Bau einer Erdgaspipeline von Katar über Saudi-Arabien und Jordanien durch Syrien in die Türkei. Erdoğan stimmte dem Projekt begeistert zu. Für die geplante Pipeline war aber auch die Zustimmung des syrischen Präsidenten Assad vonnöten. Dieser lehnte aus Rücksicht auf iranische und russische Interessen ab. Mit diesem Pipeline-Projekt hätte man die europäischen Märkte unter Umgehung Russlands versorgen können, das mit Syrien seit Sowjetzeiten freundschaftlich verbunden ist und außerdem in Latakia und Tartus Militärstützpunkte unterhält. Mit Assads Absage der Erdgas-Pipeline ›Qatar-Turkey‹ handelte sich der syrische Staatschef nicht nur den Zorn Katars und der Türkei, sondern auch Saudi-Arabien und Jordaniens ein – allesamt Länder, die im Verlauf des Syrienkriegs nachweislich, je nach ideologisch-religiöser Affinität, die drei maßgeblichen Gruppen der syrischen Opposition finanziell, logistisch und militärisch unter-

stützten: die syrische Muslimbruderschaft mit ihrer Nähe zur türkischen AKP und zu Katar; die Salafisten mit ihrer Nähe zum wahhabistischen Saudi-Arabien; und die Dschihadisten in Gestalt von al-Qaida, der syrischen al-Nusra-Front und dem Islamischen Staat (IS). Doch zeitigte Assads Absage an das ›Qatar-Turkey‹-Pipeline-Projekt noch andere Folgen: »Als Damaskus im Jahr 2009 aus dem Projekt ausstieg und stattdessen eine islamische Pipeline vom Iran über Syrien nach Libanon vorschlug, war klar, dass hier ein Achse Russland, Iran, Syrien gegen das sunnitische Katar, USA und Saudi-Arabien aufgebaut werden sollte. Dokumente, die Wikileaks freigab, bezeugen, dass die CIA unmittelbar nach der Absage Baschar al-Assads mit der Finanzierung von oppositionellen Gruppen in Syrien begann.«¹⁰

Syrien hatte sich einem Deal aus Loyalität zu seinem Verbündeten Russland und dem Iran verweigert und damit den Hauptgrund für eine Kette auswärtiger Einmischungen in seine inneren Angelegenheiten seitens der verärgerten und um ihren Erfolg geprellten »Deal-Maker« geschaffen. Wie Libyen und der Irak wurde Syrien von einem säkularen, der sozialistischen Baath-Partei verpflichteten Regime regiert, das – gemäß der Tradition des schwächelnden arabischen Nationalismus – gute Beziehungen zur Ex-Sowjetunion und zu dessen Nachfolger, der Russischen Föderation unterhielt. Im Irak, in Libyen und in Syrien sind keine NATO- oder US-Truppen stationiert. Schon dadurch bilden sie in der Staatenwelt eine Art Sonderfall. In dieses Bild passt, dass Syrien unter Assad seine Auslandsschulden abgebaut hatte, wodurch es schwer erpressbar geworden war. Dieses Maß an Autarkie, die Nähe zu Russland sowie die strikte Ablehnung des Pipeline-Projekts, verbunden mit der Anmaßung, ein eigenes Projekt mit dem Iran und dem Libanon in die Wege zu leiten, machten Syrien in westlichen Augen endgültig zu einem Problemfall – zumal die vergangenen »Regime-Change«-Versuche kläglich gescheitert waren und einer »Lösung« zugeführt werden mussten.¹¹ Ein Jahr nach Ausbruch des Krieges, im Juli 2012, unterzeichnete Syrien einen Pipeline-Vertrag mit dem Iran, wo-

mit – sollte Assad an der Macht bleiben – Erdgas vom iranischen ›South Pars‹-Feld durch den Irak und Syrien nach Europa geleitet werden könnte. Gelänge dies, so würde iranisches und nicht katarisches Erdgas auf dem europäischen Markt angeboten – ein enormer Machtzuwachs für den Iran, zumal es sich bei ›South Pars‹ um das größte Erdgasfeld der Welt handeln soll.

Unter geoökonomischen Gesichtspunkten erweist sich somit der scheinbar religiös motivierte Konflikt zwischen ›schiiischem Halbmond‹ und ›sunnitischem Block‹ als sekundär, sozusagen als religiös-ideologisches Treibmittel, mit dem Söldner und Fußsoldaten auf beiden Seiten angeheizt und auch die Völker gegeneinander aufgebracht werden sollen. Dabei zeigt sich, dass der sunnitisch-schiiische Schlagabtausch längst in den Kampf der Großmächte um Einflusszonen eingebettet ist.¹² Dazu merkt der Publizist und Nahost-Experte Michael Lüders an: »In Syrien geht es nicht um ›Werte‹, sondern um Interessen. Geopolitik ist dabei das Schlüsselwort. Sie erklärt, warum aus dem Aufstand eines Teils der syrischen Bevölkerung gegen das Assad-Regime in kürzester Zeit ein Stellvertreterkrieg werden konnte. Auf syrischem Boden kämpfen die USA und Russland, aber auch der Iran und Saudi-Arabien und nicht zuletzt die Türkei um Macht und Einfluss. Die Hauptakteure allerdings sind seit 2012 weitgehend Washington und Moskau.«¹³

Die ›Akte Assad‹

In einem Beitrag vom 26. Dezember 2016, der sich auf ein Interview des US-Senders NPR mit dem damaligen CIA-Direktor John Brennan bezieht, konstatieren die ›Deutschen Wirtschafts-Nachrichten‹, dass Brennan »einige Verantwortung für das grausame Blutvergießen im Krieg um Syrien verspürt«. Dabei wird Brennan wie folgt zitiert: »Wir würden gerne sagen, dass wir den Unterschied hätten ausmachen können, in einer Weise, die verhindert hätte, dass sich die Situation so entwickelt. Man kann sich nicht emotional und mental von diesen Situationen verabschieden, in denen man eine Rolle gespielt hat.«¹⁴ Mit diesem halbherzigen *mea*

culpa, das die eigene Verantwortung im Vagen belässt, ist immerhin konzidiert, was bisher gelegnet wurde: dass man nämlich im Syrienkonflikt »eine Rolle gespielt hat«. Welche das konkret war, bleibt unerklärt.

Genauerer darüber kann man bei der Lektüre des Berichts erfahren, den der berühmte Investigativreporter Seymour Hersh unter dem Titel »Die Akte Assad« in der »London Review of Books« veröffentlicht hat, und dessen deutsche Fassung im Mai 2016 im »Cicero« erschien. Für seine aufwändige Recherche hat Hersh, so Chefredakteur Christoph Schwennike in seinen Einleitungsworten, »mit führenden Militärs und Diplomaten gesprochen, die dem US-Präsidenten [Obama] ein verheerendes Zeugnis ausstellen. Der Versuch, Baschar al Assad zu stürzen, sowie die Unterstützung von obskuren Oppositionellen und Rebellen hätten dazu geführt, dass Syrien in Chaos versunken ist und das Land einen Exodus ohnegleichen erlebt.« Das eigentlich Aufschlussreiche an Hershs Text ist aber – neben der schon vielfach dokumentierten und nachgewiesenen finanziellen, logistischen und militärischen Unterstützung der Dschihadisten, einschließlich der Al-Nusra-Front und des IS, durch die Türkei, Saudi-Arabien und die USA bzw. maßgebliche Teile der US-Regierung¹⁵ – die Enthüllung der Fraktionskämpfe innerhalb der politischen und geheimdienstlichen Eliten in Washington. Kalkül und Blindheit hielten sich dabei die Waage. Für die verheerenden Folgen von Obamas Duldung der CIA-Unterstützung der Dschihadisten im Kampf gegen das syrische Regime wurde dann – wie üblich durch Ausblendung von Fakten oder deren Umdeutung – die Gegenseite verantwortlich gemacht: So durchweg Assads Regime und im Zuge der Rückeroberung Aleppos durch Assads Truppen auch Russland.¹⁶

Hersh zeigt auf, wie Obama, trotz gegenteiliger Informationen und Hinweise durch die eigenen Dienste, am Narrativ »Assad muss weg« festhielt und dabei die massive Unterstützung dschihadistischer Gruppen durch die CIA duldete, wenn nicht gar anordnete. Dabei beruhte Obamas Syrien-Politik auf vier Grundsätzen:

- Assad muss weg.

- Mit Russland ist keine Anti-IS-Koalition möglich.
- Die Türkei ist im Kampf gegen den Terrorismus ein zuverlässiger Verbündeter.
- Es gibt gemäßigte Oppositionskräfte.

Diese starren Überzeugungen führten laut Hersh zur Genehmigung eines verdeckten Krieges: »Damals war die von der CIA unterstützte geheime Lieferung von Waffen aus Libyen über die Türkei an die syrische Opposition seit mehr als einem Jahr im Gange (begonnen hatte sie irgendwann nach Gaddafis Tod am 20. Oktober 2011). Unter stillschweigender Billigung durch das amerikanische Außenministerium wurde die Operation federführend von der CIA-Stelle in Bengasi organisiert. [...] Im Spätsommer 2013 war die Lagebeurteilung der DIA [»Defense Intelligence Agency«, der militärische Abschirmdienst, der 2012-14 von Michael Flynn geleitet wurde] schon stark im Umlauf gewesen, doch obwohl in amerikanischen Geheimdienstkreisen viele wussten, dass die syrische Opposition von Extremisten beherrscht war, kamen weiterhin von der CIA finanzierte Waffen ins Land und bereiteten Assads Armee fortgesetzt Probleme.«¹⁷ Seit 2011/12 hatte die CIA nachweislich »in geheimer Zusammenarbeit mit Verbündeten in Großbritannien, Saudi-Arabien und Katar Waffen und Waren aus Libyen über die Türkei nach Syrien geliefert, um den Sturz Assads zu beschleunigen«.

Im Sommer 2013 hatten der DIA und der US-amerikanische Generalstab (Joint Chiefs of Staff) unter Vorsitz von General Martin Dempsey in einem Geheimpapier davor gewarnt, dass der Sturz des Assad-Regimes ein Chaos auslösen und zur Machtübernahme dschihadistischer Extremisten führen könne. Laut Michael Flynn hatten die Dschihadisten die Restbestandteile der gemäßigten Opposition fest im Griff. Flynn, so Hersh weiter, war sich mit den Stabschefs darin einig, dass Obamas Grundsatz: »Jeder andere ist besser als Assad« falsch und fatal sei, denn eine Machtübernahme durch die Dschihadisten käme einer Katastrophe für die syrische Bevölkerung gleich. Diese Bedenken ließen Obama und das mit ihm verbundene Außenministerium mitsamt der CIA nicht gelten.

Immer offenkundiger wurde der Interessenkonflikt zwischen diesen drei Parteien auf der einen und der DIA sowie dem Generalstab auf der anderen Seite. Flynn äußerte im Gespräch mit Hersh über das Doppelspiel der Türkei und die verdeckte US-Unterstützung der Dschihadisten Folgendes: »Wenn die amerikanische Öffentlichkeit die Geheimdienstinformationen zu Gesicht bekäme, die wir Tag für Tag auf sensibelstem Niveau ans Licht förderten, würde sie ausrasten.«¹⁸ Flynns öffentliches Eintreten für seine Überzeugungen kosteten ihn seinen Posten. Hersh lässt diesbezüglich einen Armeee-Oberst in Ruhestand namens Patrick Lang zu Wort kommen: »Flynn zog sich den Zorn des Weißen Hauses zu, weil er darauf pochte, die Wahrheit über Syrien zu sagen. Nur wenige denken wie Flynn oder wagen das zu äußern.« Zu diesen wenigen gehört Tulsi Gabbard, eine demokratische Politikerin aus Hawai und Mitglied im außenpolitischen Ausschuss des Repräsentantenhauses. Was derzeit, so Gabbard, über Assad in Umlauf gesetzt und behauptet werde, sei »dasselbe, wie diejenigen, die sich für den Sturz des Regimes durch die USA aussprachen, über Gaddafi gesagt haben, was sie über Saddam Hussein gesagt haben. [...] Wenn das auch in Syrien geschieht [...], werden wir eine Situation haben, in der das Leid noch größer ist, die Verfolgung religiöser Minderheiten und Christen in Syrien noch schlimmer und unser Feind noch viel stärker.«¹⁹

»Grand Design«

Bei den seltenen Versuchen der westlichen Leitmedien, Ursachen, Verlauf sowie Motivationen und Zielsetzungen der beteiligten Akteure im Syrienkrieg zu erklären, fällt auf, worüber nicht berichtet, was ausgespart und quasi mit einem Tabu belegt wird. Dazu gehört, dass es einfach nicht sein kann und sein darf, »dass die großen Mächte der Welt ein Grand Design für die Region haben, mit dem sie ihre Interessen dort durchzusetzen versuchen.«²⁰ Diese bewusst gesetzte »Lücke« in der Berichterstattung, die durch mantrisch wiederholte Schuldzuweisungen in Richtung Assad und Putin ersetzt

wird, hält den Tatsachen nicht stand und gehört zu dem, was Rudolf Steiner gern als »fable convenue« bezeichnete. Der Friedensforscher Werner Ruf geht in seinem Buch ›Islamischer Staat & Co‹ auf Aspekte des »Grand Design« ein: Demnach empfahl das ›Council on Foreign Relations‹ (CFR) schon am 6. August 2012, im Kampf gegen Assad auf die Dschihadisten von al-Qaida zu setzen, denn sie brächten »Disziplin, religiöse Leidenschaft, Kampferfahrung aus dem Irak, Finanzmittel von sunnitischen Sympathisanten aus den Golfstaaten, und am wichtigsten, tödliche Resultate mit sich«²¹ – ein Ratschlag, den sich die Obama-Regierung zu eigen machte, indem sie das Kunststück fertigbrachte, die Dschihadisten offiziell in einem Akt der Simulation zu bekämpfen und diese im gleichen Zug mit verdeckten Operationen aufzubauen und zu unterstützen.

Früh, so scheint es, wurde vom CFR die Errichtung eines salafistischen Kalifats auf dem Staatsgebiet Syriens ventiliert und als Gegenleistung zum erfolgreichen Sturz Assads in Kauf genommen. Dazu Ruf: »Hinter den obigen Szenarien der US-Administration und des Council on Foreign Relations liegt aber eine Konsequenz, die in diesen von imperialer Arroganz gekennzeichneten Überlegungen wenig bedacht zu werden scheint: Die Unterstützung von ›IS & Co.‹ läuft letztlich auf die Schaffung von ethnisch und konfessionell homogenen Staaten hinaus. Damit impliziert sie ethnisch-religiöse Säuberungen ungeahnten Ausmaßes in der seit anderthalb Jahrtausenden multikonfessionellen und multiethnischen Region.«²² Weiterhin weist Ruf auf eine Karte von Radio Free Europe hin, die dieser Traditionssender des Kalten Krieges veröffentlichte, womit die CFR-Planspiele in gewisser Weise konkretisiert wurden: Syrien ist demnach in ethnisch-religiös homogene Zonen aufzuteilen bzw. neu zu »gestalten«. Der Osten und damit der Großteil Syriens bestünde dann aus rein sunnitischen Gebieten, möglicherweise in einem dschihadistischen Kalifat zusammengefasst. In einem schmalen Küstenstreifen befände sich das schiitisch-alawitische Gebiet, während sich im Norden Iraks ein kleiner kurdischer Staat etablieren könnte.

Dass derlei Pläne nicht vereinzelte Gedanken-spiele sind, beweist das neueste »Lösungs-Modell« der dem Pentagon nahestehenden Denkfabrik »RAND Corporation«. Diese fordert »eine Dezentralisierung des Landes in Kontrollzonen. Das Gebiet von der Westküste bis nach Deir Ezzor [sic!] unter Ausschluss von Rakka soll von der Regierung in Damaskus und den Russen kontrolliert werden. Das von der Türkei im Rahmen der Operation Euphrates Shield befreite Gebiet und die Provinz Idlib würde unter türkischer Kontrolle stehen. [...] Besonders bemerkenswert ist, dass die RAND Corporation vorschlägt, die ISIS-Hochburgen und Öl-Zentren Rakka und Deir Ezzor [sic!] unter eine »internationale Administration« unter UN-Aufsicht einer Koalitionstruppe von den USA und Russland zu stellen.«²³ Letztlich haben diese Planspiele und »Grand Designs« diverser US-Think-Tanks eine lange Vorgeschichte: Kurz nach den Anschlägen vom 11. September 2001 setzte die damalige Bush-Regierung Syrien auf die gleiche Liste von Angriffszielen wie den Irak, beides »Schurkenstaaten«, die jederzeit mit einem Angriff rechnen mussten. Der ehemalige US-General Wesley Clark berichtete, dass ein »hochgestellter General« des Pentagon ihm mitgeteilt habe, »dass wir sieben Länder in fünf Jahren außer Gefecht setzen werden.«²⁴ Auf der Liste befanden sich der Irak, Afghanistan, Libyen, Syrien und – ganz am Ende – der Iran. Die damalige US-Außenministerin Condoleezza Rice führte im Jahr 2006 den Begriff des »New Middle East« ein. Dieser formulierte den westlichen Neuordnungsanspruch für die gesamte Region, veranschaulicht durch eine von Oberstleutnant Ralph Peters im »Armed Forces Journal« veröffentlichte Karte, die im Stile der willkürlichen Grenzziehungen des Sykes-Picot-Abkommens reihenweise Staaten territorial »neu ordnet«. Weiterhin zitiert Wesley Clark den Ex-Pentagon-Chef und berüchtigten Neo-Konservativen Paul Wolfowitz mit einer Äußerung aus dem Jahre 1991 wie folgt: »Wir haben jetzt etwa fünf oder zehn Jahre, um diese alten Sowjet-Regime – Syrien, Iran, Irak – wegzuräumen, bevor die nächste große Supermacht kommt und uns herausfordert.«²⁵

Künftige Konfliktszenarien

Es scheint so und steht zu befürchten, dass die neue US-Administration dieser großen, von Wolfowitz & Co. entworfenen Linie folgen wird. Die USA sind aktuell auf dem Wege, damit ernst zu machen, im Verbund mit dem von der Trump-Administration hofierten Saudi-Arabien und der vom jetzigen CIA-Chef höchstselbst mit einem Besuch geehrten Türkei den »schitischen Halbmond« und deren Führungsnation, den Iran, zu bekämpfen. Dazu werden die USA versuchen, »die Türkei aus der Umarmung von Russland zu lösen.«²⁶ Das bedeutet, dass in der Frage der Aufteilung Syriens saudischen und insbesondere türkischen Begehrlichkeiten Rechnung getragen werden wird.

Letztlich geht es den »Neocons« im Verbund mit den »liberalen Imperialisten«, die in der Trump-Administration weiterhin die außenpolitische Agenda diktieren wollen, darum, das Vordringen Chinas in den Nahen Osten und nach Europa mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern. Ob sich Russland in dieses Vorhaben einbinden lässt, hängt von dessen Gefügigkeit ab. Sollte Russland in diesem »Deal«, etwa im Rahmen westlicher Konzessionen in der Krim-Frage, zu viele eigene Ansprüche anmelden, so wird mit Sicherheit die harte Gangart, mit der es seit dem Jahr 2000 und insbesondere seit der Ukraine-Krise konfrontiert wird, fortgesetzt werden. Vorerst drängt die Trump-Administration Russland durch die Betonung und Bestätigung jener Forderungen in die Defensive, die schon die Obama-Regierung erhoben hat. Es gilt, den Verhandlungsspielraum der Gegenseite durch freche Forderungen einzuengen, um für diese am Ende des Pokers dasjenige als Win-Win-Situation erscheinen zu lassen, was objektiv gesehen einer Niederlage bzw. Kapitulation gleichkommt. Über Russland als »Zwischen-Problem« hinausgehend haben die USA den Iran zum Austragungsort ihrer Bemühungen bestimmt, den Aufstieg Chinas zur Weltmacht zu verhindern. Zwischenziel ist dabei, das von China vorangetriebene Projekt einer »Neuen Seidenstraße« – deren südlicher Zweig sich über den Iran in Richtung Mittel-

meer erstrecken würde – zu blockieren.²⁷ Dazu taugt die bewährte »Strategie der Spannung«, kraft derer latent angelegte Konflikte in die Ausbruchphase gelenkt werden. Wie wichtig der Iran in dieser Strategie ist, machen die aktuell zwischen China und dem Iran in Milliardenhöhe ausgehandelten Energie- und Handelsabkommen deutlich, ebenso aber dessen geopolitische Ausgangslage als Chinas Einfallstor in den Nahen Osten und darüber hinaus. Sollte sich bei diesen absehbaren Konflikten der um Vorherrschaft ringenden Weltmächte

das EU-Europa weiterhin in die fatale Logik der »Stärke« einspannen lassen, ohne die Idee einer unter höherer Menschheitsperspektive zu erringenden geistig-kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit aller Völker und Nationen einzubringen und sollte es Europa weiterhin verschlafen, die Idee der Dreigliederung des sozialen Organismus zu ergreifen, so ist abzusehen, dass es wirklich in Bedeutungslosigkeit versinken wird. Dann droht es auch schon rein äußerlich im großen geopolitischen Kampf zerrieben zu werden.

1 Zitiert bei Fritz Erdinger (Hrsg.): »Der Nahe Osten brennt«, Wien 2016, S. 8.

2 Volker Perthes: »Das Ende des Nahen Ostens, wie wir ihn kennen«, Berlin 2015, S. 122.

3 Gerd Weidenhausen: »Der Fall Syrien(s): Ein Schrecken ohne Ende?« in DIE DREI 9/2012.

4 Vgl. Wolfgang Gehrcke & Christiane Reymann (Hrsg.): »Syrien«, Köln 2013; Volker Perthes: »Syrien: Scheitern einer Erbpublik«, in: »Blätter für deutsche und internationale Politik« 1/2012; Karin Leukefeld: »Syrien zwischen Schatten und Licht«, Zürich 2016.

5 Volker Perthes: »Syrien«, S. 80.

6 A.a.O., S. 53.

7 Vgl. Daniele Ganser: »Illegale Kriege«, Zürich 2016, S. 284-328.

8 Volker Perthes: »Syrien«, S. 78.

9 Werner Ruf: »Islamischer Staat & Co.«, Köln 2016, S. 65.

10 Fritz Ellinger (Hrsg.): »Der Nahe Osten brennt«, S. 32. Vgl. das Interview mit Prof. Günter Meyer auf der Website von ZDF »heute«: »Die USA betonen immer, dass sie gemäßigte Rebellengruppen unterstützen. Die spielen aber keine Rolle mehr. Diejenigen, die von den USA ausgebildet und mit Waffen ausgestattet werden, sind größtenteils zu den radikalen Dschihadisten übergelaufen, weil sie dort wesentlich besser bezahlt werden.« www.heute.de/interview-mit-syrien-experte-guenter-meyer-sieht-verantwortung-fuer-syrien-krieg-beim-westen-46114990.html

11 Vgl. Tim Anderson: »Der schmutzige Krieg in Syrien«, Marburg 2016, S. 15-27. Siehe auch die außergewöhnliche und beachtliche »Erklärung zum Syrienkrieg« des wissenschaftlichen Beirats von »attac Deutschland«: www.attac.de/fileadmin/user_upload/Gremien/Wissenschaftlicher_Beirat/Erklaerung_wiss_Beirat_zu_syrien_3_Fassung.pdf

12 Vgl. Daniele Ganser: »Illegale Kriege«, S. 287.

13 Michael Lüders: »Der Krieg in Syrien und die

blinden Flecken des Westens«, in: »Blätter für deutsche und internationale Politik« 3/2017, S. 45-55.

14 <https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2016/12/26/cia-raeumt-erstmalig-us-verantwortung-in-syrien-krieg-ein/> Original unter: www.npr.org/sections/parallels/2016/12/23/506707255/transcript-nprs-interview-with-cia-director-john-brennan

15 Genauerer dazu findet sich bei Tim Anderson: »Der schmutzige Krieg ...« und Daniele Ganser: »Illegale Kriege ...«.

16 Vgl. Ulrich Teusch: »Aleppo«, <https://augen-aufunddurch.net/2016/12/15/aleppo/>; Kai Ehlers: »Aleppo-Apropos Scham«, <https://www.hintergrund.de/201612194165/politik/welt/aleppo-apropos-scham>; sowie »Aleppo, Mossul und die Hegemonie«, <https://www.contra-magazin.com/2016/12/aleppo-mossul-und-die-hegemonie/>

17 Seymour Hersh: »Die Akte Assad«, in »Cicero«, Mai 2016, S. 22. Vgl. <https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2017/02/12/ft-enthuehlt-cia-war-drahtzieher-hinter-soeldnern-in-syrien/>

18 Seymour Hersh: »Die Akte Assad«, S. 18.

19 A. a. O., S. 32.

20 Volker Perthes: »Syrien«, S. 126.

21 Werner Ruf: »Islamischer Staat & Co.«, S. 109.

22 A. a. O., S. 113.

23 <https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2017/02/25/usa-planen-internationale-verwaltung-in-syrien/>

24 Zitiert bei Tim Anderson: »Der schmutzige Krieg ...« S.17f.

25 Zitiert bei Daniele Ganser: »Illegale Kriege« S. 289.

26 <https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2017/02/24/usa-wollen-tuerkei-aus-der-umar-mung-russlands-loesen>

27 <https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2017/02/23/usa-wollen-im-iran-den-aufstieg-chinas-zur-weltmacht-stoppen/>